DPWV



Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

DPWV und Selbsthilfe - Initiativen

Herausgeber:

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Loher Straße 7, 5600 Wuppertal 2

Mai 1985

Redaktion: Klaus Bremen
Marianne Thirok

Die namentlich gekennzeichneten Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Herausgebers übereinstimmen.

Inhalt

Seite

Cord Wellhausen
Kleiner Verbandstag 1984 in Köln – Einige begleitende Worte 5

Friedhart Hegner
Arbeit im sozialen Bereich: Eigenhilfe, Ehrenamt, Berufsarbeit und Selbstorganisation 7

Bericht über die Diskussion in den Arbeitsgruppen 32

Prof. Dr. Dieter Sengling
Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband und seine Bedeutung für selbstorganisierte soziale Arbeit und Selbsthilfe 38

Joachim Merchel
Selbsthilfe-Förderung in der kommunalen Sozialpolitik 43

Irmhild Maag
Bedingungen der Zusammenarbeit zwischen Professionellen und Selbsthilfegruppen 63

Toni Clasen
Anforderungen an Richtlinien zur Förderung von Selbsthilfegruppen 80

Michael Schrader/Ulrike Werthmanns-Reppekus
Initiativen selbstorganisierter sozialer Arbeit in der Jugendhilfe 86

Michael Schrader / Ulrike Werthmanns-Reppekus
(Mitarbeiter/in des DPWV-Landesverbandes NW e.V.
in Oberhausen und im Kreis Mettmann)

Initiativen selbstorganisierter sozialer Arbeit in der Jugendhilfe

1. Merkmale selbstorganisierter sozialer Arbeit in der Jugendhilfe

1.1. Selbsthilfe ist nicht gleich Selbsthilfe

Hinter dem Schlagwort „Selbsthilfe" verbirgt sich ein vielfältiges und differenziertes Spektrum neuer Formen gesellschaftlichen Engagements in allen gesellschaftlichen Teilbereichen. Die jeweils konkrete Form dieser Aktivitäten ist abhängig von den jeweiligen Personen, der Aufgabenstellung, den Inhalten der Arbeit, den Zielvorstellungen, den konkreten Bedingungen vor Ort etc. So agiert eine Bürgerinitiative im Umweltbereich anders als eine therapeutische Selbsterfahrungsgruppe; eine Friedensinitiative und ein Gesprächskreis Alleinerziehender haben einen anderen Ressourcenbedarf als eine genossenschaftlich organisierte Wohnungsbauinitiative. Selbst in dem scheinbar eng umrissenen Feld der Jugendhilfe stoßen wir auf sehr unterschiedliche Formen und Ausprägungen von Initiativarbeit, für die zwar verallgemeinerbare Merkmale benennbar sind (s.u.), deren Kenntnis aber die Beschäftigung mit der Situation der einzelnen Initiative vor Ort nicht ersetzen kann. Wesentlich drei Faktorenbündel bestimmen deren konkrete Realität:

a) Regionale und lokalpolitische Rahmenbedingungen; hierzu gehören beispielsweise unterschiedliche Bedürfnisse und Problemfelder in Stadt Land bzw. in verschiedenen Stadtteilen von Großstädten, die Ausrichtung der Jugendhilfeplanung bezüglich von Trägerpräferenzen, politische und administrative Entscheidungen hinsichtlich der Initiativenförderung, die Existenz einer die Initiativen unterstützenden sozial-kulturellen Infrastruktur etc.
b) Aufgabenstellung und Ziele der Initiative; es liegt auf der Hand, daß Jugendwohngemeinschaften, Jugendzentren, Ausbildungsprojekte, Medienkooperativen, kleine offene Treffs für Kinder mit Schularbeitenhilfe, Theaterinitiativen, Elterninitiativen etc. sich in Raum- und Ressourcenbedarf, Organisationsstruktur und Grad der Professionalisierung, Zielgruppenorientierung etc. sehr stark unterscheiden.
c) Finanzierungsmöglichkeiten; für die Entstehung und Entwicklung einer Initiative ist der Zugang zu Finanzierungen von entscheidender Bedeutung. Hierbei sind die Durchsetzungschancen für eine Jugendfarm, für die es keine Regelförderung gibt, wesentlich schlechter als für eine Elterninitiative, für die die gesetzlichen Regelungen des Kindergartengesetzes NW gelten. Ein großer Teil vor allem neu entstehender Initiativen „paßt" zunächst nicht in bestehende Förderstrukturen und hat von daher einen schweren Stand.

Die Unkenntnis dieser Details und der vielfältigen Differenzierungen im Initiativbereich sowie vereinfachende Pauschalierungen ziehen vielfach den Irrtum nach sich, Selbsthilfe koste kein oder wenig Geld und komme immer ohne Professionelle aus. Dies mag in einigen Feldern selbstorganisierter Aktivitäten, vor allem im ökologischen, politischen und zum Teil auch gesundheitlichen Bereich zutreffen. Selbsthilfe in dieser „reinen" Form ist aber bis heute eher bei Erwachsenen der Mittelschicht vorzufinden. Bildungsungewohnte Schichten und vor allem Jugendliche tun sich hier viel schwerer. Dazu kommt, daß die selbstorganisierte Lösung von Problemlagen wie z.B. Arbeitslosigkeit, Wohnumfeldgestaltung, Altenhilfe etc. z.T. sehr kostenintensiv sein kann. Vielleicht im Einzelfall billiger (und vor allem besser) als staatliche bzw. in traditioneller Form angebotene Dienstleistungen – aber allemal nicht umsonst.

In der Jugendhilfe tritt Selbsthilfe im engeren Sinne selten auf. Ausnahmen sind vielleicht zu finden in den Anfängen der Jugendzentrumsbewegung und in der Hausbesetzerbewegung vom Anfang der 80er Jahre, obwohl an letzterer in der Mehrzahl wohl junge Erwachsene beteiligt gewesen sind. Neue Formen des gesellschaftlichen Engagements in der Jugendhilfe lassen sich treffender mit dem Begriff der „Alternativen Fremdhilfe" charakterisieren. In Projekten dieser Art treffen sich die Wünsche von Initiatoren (Profis und Ehrenamtliche) nach kollektiver und selbstbestimmter Gestaltung der Arbeit und der Entwicklung neuer und innovativer Ansätze mit denen von Jugendlichen nach Gestaltungsmöglichkeiten, weniger reglementierten Erfahrungsräumen und Verbesserung ihrer sozialen Situation. Die Rahmenbedingungen der Arbeit bestimmt dabei weitestgehend das Trägerkollektiv der Haupt-, Neben- und Ehrenamtlichen. Dies ist in der Regel zwischen 5 und 30 Personen stark und hat irgendwann zusammen mit Jugendlichen die Initiative gegründet. Diese Gruppe verfolgt in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen pädagogische (für andere etwas tun!) und eigene (für sich selbst etwas tun!) Interessen. Die Jugendlichen werden an der Planung und Durchführung der einzelnen Aktivitäten beteiligt, soweit sie dazu in der Lage sind. Eine wesentliche Aufgabe der Hauptamtlichen liegt darin, das soziale Feld so abzustecken und zu strukturieren, daß es den Jugendlichen Entwicklungs- und Lernprozesse sowie den Erwerb sozialer und anderer Kompetenzen ermöglicht. Ohne die kontinuierliche, fachliche und partnerschaftliche Unterstützung und Beratung der Jugendlichen durch Pädagogen und/oder andere Erwachsene würde in der

Jugendhilfe keine dauerhafte und qualifizierte Arbeit entstehen können. Die konkrete Realität der jeweiligen Initiative variiert (mehr oder weniger weit) um diesen Typus, den wir im folgenden genauer fassen wollen.

1.2. Was macht eine Initiative in der Jugendhilfe aus?

Das Interesse an den Fragen, wie eine Initiative entsteht, was sie ausmacht, wie sie sich entwickelt und verändert, ergibt sich u.a. aus ihrer höheren Flexibilität in der Reaktion auf (neue) Problem- und Bedürfnislagen sowie der größeren Effizienz und Qualität bei der Realisierung von Lösungsansätzen im Vergleich zu etablierten Institutionen und Trägern der Jugendhilfe.
Diesen Fragen ist ein Arbeitskreis der Abteilung Kinder-, Jugend- und Familienhilfe des DPWV LV NW e.V. nachgegangen. Die im folgenden zusammengefaßt dargestellten Ergebnisse treffen in vielen Punkten auch allgemein auf Initiativen zu. Die für Initiativen in der Jugendhilfe besonderen Charakteristika liegen vor allem in der Orientierung auf Interessen und Probleme von Jugendlichen, in der spezifischen Altersstruktur (Jugendliche und vor allem junge Erwachsene), der dadurch bedingten und zeitlich auf eine Etappe in der Lebensgeschichte begrenzten Beteiligung an solchen Aktivitäten und einer spezifischen Kooperation zwischen Jugendlichen und Erwachsenen („Alternative Fremdhilfe", s.o.). Im einzelnen weisen Initiativen in der Jugendhilfe folgende Merkmale auf:

a) Initiativen entstehen aus individueller und gemeinsamer Betroffenheit von Jugendlichen sowie deren Interessen nach weniger reglementierten Erfahrungs- und der selbstbestimmten Gestaltung eigener Lebensräume. Hierbei kommt der Verfügung über Räumlichkeiten besondere Bedeutung zu.
b) Früher oder später werden diese von Jugendlichen artikulierten Bedürfnisse und Wünsche von engagierten (jungen) Erwachsenen, die sich beruflich oder ehrenamtlich in der Jugendarbeit engagieren (wollen), aufgegriffen und unterstützt. Deren Interesse liegt neben der Solidarisierung mit den Forderungen der Jugendlichen im Wunsch nach kollektiver und selbstbestimmter Gestaltung sowie der Durchsetzung neuer Formen und Inhalte sozialer Arbeit.
c) Der Umgang der Erwachsenen und der Jugendlichen miteinander ist offen und partnerschaftlich, wenn auch nur von der Tendenz gleichberechtigt. Die Erwachsenen bestimmen dabei i.d.R. über den Einsatz der finanziellen Mittel, stellen entsprechende Förderanträge, machen die Verwaltung usw. (vgl. auch f).
d) Der jeweils unterschiedlich ausgeprägte und differenzierte ideologische Hintergrund dieses Engagements sind die Kritik an der Reglementierung, Eintönigkeit und Zerrissenheit des Lebenszusammenhangs und die Orientierung an einem ganzheitlichen Menschenbild sowie an der Lebenswelt und dem Stadtteil.

e) Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung einer Initiative ist die Entstehung einer homogenen Gruppe und eines Milieus mit hoher Kommunikationsdichte, in dem auch Bedürfnisse nach Gemeinsamkeit, Geborgenheit, Bestätigung, Orientierung etc. befriedigt werden können.
f) Dem entspricht auch die basisdemokratische Struktur von Initiativen. Richtung und Tempo der Entwicklung der Arbeit werden kollektiv ausgehandelt und bestimmt. Diese Form kollektiven Handelns garantiert die Transparenz innerhalb der Initiative, die Flexibilität und Kreativität in der Arbeit, den Erhalt der Motivation sowie die sinnvolle Integration professioneller und ehrenamlicher Fachlichkeit. Bezüglich der Selbstverwaltung ist zu unterscheiden zwischen der Kerngruppe der Initiativler (Hauptamtliche, Ehrenamtliche etc.) und der Gruppe der Jugendlichen. Erstere legen die Rahmenbedingungen der Arbeit fest; die Jugendlichen, die oft erst Selbtstbestimmung noch lernen müssen, werden nach ihren Möglichkeiten in die Planungen einbezogen.
g) Diese besondere, aber für den Erhalt des Initiativcharakters notwendige Form führt oft zu Reibungsverlusten in und Langwierigkeit von Entscheidungsprozessen (Konsensprinzip) und z.T. für „Außenstehende" (Politiker, Verwaltungsfachleute u.a.) zu Undurchschaubarkeit und Unberechenbarkeit.
h) In der Entstehungsphase greifen Initiativen, um sich Gehör zu verschaffen und ihre Interessen durchzusetzen, oft zu unkonventionellen Formen der Öffentlichkeitsarbeit (Flugblätter, Go-ins, Stände u.a.m.). Die Gründe hierfür liegen zum einen in über die soziale Arbeit hinausgehenden gesellschaftspolitischen Ansprüchen und zum anderen in der oft fehlenden Bereitschaft von Politik und Verwaltung, die Anliegen der Initiative zu unterstützen. Diese Auseinandersetzungsprozesse haben insofern eine wichtige Bedeutung, da sie den Zusammenhalt der Gruppe und ihre Belastbarkeit verbessern können.
i) Die Entwicklung von Initiativen ist gleichermaßen an äußere und an innere Faktoren geknüpft. Viele scheitern in der Anfangsphase, weil es entweder nicht gelingt, eine stabile und homogene Gruppe aufzubauen, oder weil die politische und finanzielle Situation die Durchsetzung angemessener Rahmenbedingungen nicht erlaubt. Wird diese „erste Hürde" genommen, kommt die Initiative in „ruhigeres Fahrwasser". Aus der Binnenperspektive ist dies die oft heftige Auseinandersetzung um den Aufbau und die Form einer gleichermaßen flexiblen und stabilen Organisationsstruktur. Einzelne Initiativen scheitern in dieser Phase an internen Problemen, andere finden eine funktionsfähige Struktur für die Durchführung der begonnenen Arbeit, ohne neue Arbeitsbereiche aufzugreifen, und wieder andere treten in einen kontrollierten und kontinuierlichen Prozeß von Veränderung und Expansion.

Auch wenn jede Initiative sich von anderen unterscheidet, finden sich doch

immer wieder vergleichbare und übertragbare Konfliktstrukturen, Problemlagen, Konstellationen etc., deren Kenntnis den Umgang mit der einzelnen Initiative erleichtern kann.

2. Jugend- und Kulturarbeit

2.1. Historischer Exkurs

Wichtige Impulse für die Entstehung und Verbreiterung einer Initiativenkultur im allgemeinen wie im besonderen in der Jugendhilfe gaben vor allem die Studentenbewegung und die mit dem Beginn der sozialliberalen Koalition verbundene Aufbruchstimmung. Kinderläden bzw. Elterninitiativen, Frauenbewußtsein und -bewegung, die Heimkampagne und die autonomen Jugendzentren sind auf Forderungen aus dieser Zeit nach Emanzipation, Autonomie und gesellschaftlicher Veränderung zurückzuführen, deren gesellschaftlicher Resonanzboden in einem tiefgreifenden Wertewandel liegt. Diese hierdurch ausgelösten Entwicklungen haben alle gesellschaftlichen Bereiche und insbesondere pädagogischen Handlungsfelder beeinflußt und beeinflussen sie immer noch, wobei sich die Reform- und Veränderungsansätze aufgrund des Beharrungsvermögens etablierter Institutionen stärker in den außerinstitutionellen Bereich verlagert haben. Hier liegt eine wesentliche Ursache für die Entstehung der Bürgerinitiativen. Auch in der Entwicklung der Jugend- und Kulturarbeit zeigt sich dies. Obwohl die Jugendzentrumsbewegung ihre treibende, verändernde und fordernde Rolle für die Jugendhilfe insgesamt eingebüßt und die vielfach auf „Druck von außen" zum Teil flächendeckend entstandenen und oft in Beton erstarrenden Jugendfreizeiteinrichtungen mit einem hohen Grad an Professionalisierung nur bedingt von den Jugendlichen angenommen worden sind, ließ der gesetzlich nur wenig reglementierte Raum der offenen Jugendarbeit Spielräume zu, ein Spektrum alter und neuer Bedürfnisse zu aktualisieren und auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren. Wurde auch in der Fachdiskussion verschreckt darüber debattiert, daß eine Entpolitisierung der Jugendarbeit stattgefunden hat, so sind doch faktisch die Themen Frieden, Umwelt, neue Medien, 3. Welt, Frauen etc. Bezugspunkte, die aufgenommen und demonstriert werden. Dabei ist die Art und Weise, wie das getan wird, sicher eher „basisdemokratisch" als „profigesteuert". Jugendhilfe ist dadurch vielfältiger und bunter geworden und „reibt" sich zunehmend an den politisch und administrativ festgelegten und eng umrissenen Aufgabenfeldern und Förderstrukturen. Diese Verschiebungen im Aufgabenspektrum der Jugendhilfe haben ihre Grundlage in stärker differenzierten und veränderten Bedürfnissen, Ansprüchen und Verhaltensweisen von Jugendlichen heute. Im DPWV LV NW haben sich diese Veränderungen in einem kontinuierlichen Mitgliederzuwachs von über 100 kleinen

Vereinen und Initiativen pro Jahr und in der Umorientierung des zuständigen Referates von der „offenen Jugendarbeit" hin zu „Jugend- und Kulturarbeit" niedergeschlagen. Zentrale Merkmale und das Aufgabenspektrum der Arbeit dieser Mitgliedsorganisationen beschreibt das folgende Unterkapitel.

2.2. Jugendhilfeinitiativen heute

Diese in den letzten Jahren entstandenen Initiativen in der Jugendhilfe stehen oft „quer" zu vorherrschenden Zuordnungen und haben

a) zum Teil altersübergreifend unterschiedliche Arbeitsfelder mit dem Anspruch nach „Ganzheitlichkeit" aufgegriffen, nämlich „Arbeiten – Freizeit – Wohnen" miteinander zu verbinden;
b) einen umfassenden Kulturbegriff und eine entsprechende Arbeit entwikkelt, die vom Organisieren von Musikveranstaltungen über Medienarbeit bis zum „Kultur ist Selbermachen" reicht;
c) auf neue Problembereiche, z.B. Jugendarbeitslosigkeit, reagiert und Projekte aufgebaut, die neben der Berufsvorbereitung, Ausbildung und Arbeit auch den Wohn- und Freizeitbereich zu integrieren suchen.

Um den Bereich der Jugend- und Kulturarbeit im DPWV als Sammelbecken von Initiativen zu beschreiben, sei auf folgende Schwerpunkte hingewiesen:

- Kultur-, Theater-, Medien- und Bildungsarbeit sowie die Initiativen „Freie Schulen" als Reaktion auf die zunehmende Nivellierung und Kommerzialisierung von Freizeit und Lernen,
- der Aufbau von Bau- und Abenteuerspielplätzen und Jugendfarmen als Reaktion auf die Urbanisierung des Lebens- und Spielgeländes von Kindern und Jugendlichen vor allem in den Großstädten und Neubaugebieten,
- Berufsvorbereitung und -ausbildung sowie die Beteiligung am Aufbau trägerübergreifender Verbundsysteme zur „Bekämpfung" von Jugendarbeitslosigkeit und der Einstieg in Arbeitsprojekte, als Reaktion auf die Berufsnot junger Menschen,
- Mädchenprojekte als Reaktion auf die besonderen Problemlagen junger Frauen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt,
- Ausländerarbeit als Reaktion auf die sozialen und kulturellen Probleme vor allem von ausländischen Kindern und Jugendlichen sowie die zunehmende Ausländerfeindlichkeit,
- Jugendfahrten- und Reisedienste als Ausdruck besonderer Freizeitinteressen von Kindern und Jugendlichen,
- integrative Behindertenarbeit als Ausdruck veränderten Bewußtseins im Umgang mit „Benachteiligten".

Generell kann man sagen, daß diese Initiativen gesellschaftliche und (jugend-) politische Aufgaben wahrnehmen, die die bestehende Versorgungsstruktur ergänzen und innovative Ansätze entwickeln. Dabei muß deutlich gesagt werden, daß bestehende Angebote in der Jugendhilfe häufig an den Interessen

der Jugendlichen vorbeigehen. Dies hat dazu beigetragen, diesen Initiativen neue Aufmerksamkeit zu schenken. Wurden sie lange Zeit von Verwaltung und Politik wie auch von der etablierten Jugendhilfe argwöhnisch betrachtet, so läßt sich in den letzten Jahren ein Einstellungswandel beobachten.

3. Perspektiven von Initiativen

Qualität und Umfang der Entwicklung von Initiativen in der Jugendhilfe (wie des gesamten Spektrums selbstorganisierter sozialer Arbeit und anderer neuer Formen des gesellschaftlichen Engagements) sind abhängig von der Schaffung angemessener politischer, rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen sowie flexibler und qualitativ hochstehender Beratungsformen.

3.1. Verbesserung der Förderung von Initiativen in der Jugendhilfe

Die politische Aufmerksamkeit, die den Initiativen seit einiger Zeit zuteil wird, steht im Widerspruch zur Förderpraxis. Sieht man sich beispielsweise die Mittelaufteilung im Rahmen kommunaler Stadtjugendpläne an, so wird deutlich, daß prozentual nur sehr geringe Mittel in die Förderung von Initiativen und kleinen Vereinen fließen. In der Stadt X gab es 1983 10 Initiativen in der Form des eingetragenen und als gemeinnützig anerkannten Vereins. Diesen 10 Initiativen flossen weniger als 1% der Mittel des Stadtjugendplans zu. Der große Teil der Gelder geht nach wie vor an die etablierten Wohlfahrts- und Jugendverbände, die zum Teil auch versuchen, den Initiativbereich „kleinzuhalten", und diesen als Konkurrenz empfinden. Um nicht mißverstanden zu werden, möchten wir betonen, daß wir damit weder Mittelkürzungen noch einfachen Umverteilungen das Wort reden wollen. Mittelfristig ist aber für die Entwicklung der Jugendhilfearbeit von Bedeutung, ob

a) eine quantitativ und qualitativ angemessene Finanzierung selbstorganisierter sozialer Arbeit in der Jugendhilfe realisiert wird und
b) die etablierten Träger der Jugendhilfe im Initiativbereich gewonnene Erfahrungen, neue Ansätze, Selbstbestimmungsmöglichkeiten für Jugendliche usw. für die Gestaltung ihrer eigenen Arbeit nutzbar machen.

Auch wenn die Situation sich in verschiedenen Städten und Regionen unterscheidet, so ist doch festzuhalten, daß der politische Wille zu einer breiter angelegten Unterstützung von Initiativen in der Jugendhilfe (und auch in anderen Bereichen) kaum oder nur sehr bedingt vorhanden ist. Darüber hinaus ist auch die Form der Förderung in vielen Fällen eine (zu) „hohe Hürde" für Initiativen. Deshalb fordern wir eine Aufwertung und angemessene Förderung selbstorganisierter sozialer Arbeit in der Jugendhilfe. Dabei muß vor allem der geringe Umfang der Eigenmittel (Mitgliederbeiträge und Spenden) der Initiativen berücksichtigt werden. Weiter sind von besonderer Bedeutung

a) die Vereinfachung der Antrags- und Abrechnungsverfahren für öffentliche Mittel,
b) die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit als unbezahlte Eigenleistung bei Anteilsfinanzierungen durch öffentliche Mittel,
c) die Realisierung von Planungssicherheit durch Mittelbewilligung und Auszahlung zum Jahresanfang,
d) die Anpassung und Flexibilisierung von Förderstrukturen einschließlich von Investitionen an die reale Praxis von Initiativen.

(Vgl. hierzu auch das Faltblatt des Paritätischen Jugendwerks LV vom Januar diesen Jahres.)

Die hier angesprochene Verbesserung der finanziellen Situation von Initiativen in der Jugendhilfe ist notwendig, um deren Bestand zu sichern, aber auch um die in diesen Initiativen angelegten innovativen und weitergehenden Potentiale für eine an den Bedürfnissen von Betroffenen orientierte Um- und Neugestaltung sozialer Dienste und Leistungen freizulegen und nutzbar zu machen.

3.2. Der Ausbau von Selbsthilfe als Merkmal staatlicher Sozialpolitik

Die Forderungen nach offensiver und forcierter politischer und finanzieller Förderung von selbstorganisierter sozialer Arbeit und anderen neuen Formen des gesellschaftlichen Engagements legitimieren sich inhaltlich aus defizitären Strukturen bestehender sozialer Dienste und Leistungen sowie Forderungen nach deren Veränderung und Anpassung an gewandelte gesellschaftliche Problemlagen und Bedürfnisse. Dabei ist allerdings nicht an den Abbau sozialer Leistungen oder Einschnitte in die zentralen Versicherungssysteme gedacht, sondern an die systematische Erschließung von Selbsthilfe-Potentialen für und deren Einbeziehung in die Organisation sozialer Dienste und Dienstleistungen vor Ort. Dies setzt in einem ersten Schritt auf seiten der vorhandenen Beratungs- und Angebotsstrukturen vor allem den Abbau bürokratischer Regelungen, starrer Aufgabenabgrenzungen und sachbezogener Aufteilungen des „Klientels" sowie von Unüberschaubarkeit und Unbeweglichkeit und auf seiten der Initiativen den Ausbau von Stadtteilorientierung, die Vernetzung und Integration verschiedener Bereiche sozialer und vor allem kultureller Arbeit, die Entwicklung generationenübergreifender Ansätze und den Aufbau kooperativer Strukturen voraus. Dies bedeutet für Initiativen in der Jugendhilfe (und auch andere Initiativen) die Aufgabe der Fixierung auf ein eng umrissenes Feld der sozialen Arbeit und damit den Versuch, in der praktischen Arbeit den Ansprüchen nach „Ganzheitlichkeit" stärker nachzukommen. Inhaltlicher Bezugspunkt solcher Veränderungen wird in einem zweiten Schritt der gesamte Lebenszusammenhang der Menschen und dessen Qualität sein. Wohlfahrt und Jugendhilfe insgesamt begeben sich damit ins „Gemenge" mit anderen Politikfeldern (z.B. Stadtteilsanierung), die in entscheidender Weise Einfluß auf die sozialräumliche Struktur von Stadtteilen

nehmen. Beispielhaft sei an dieser Stelle auf 2 Initiativen und Mitgliedsorganisationen des DPWV LV NW hingewiesen, deren Entwicklung und Perspektiven unserer Meinung nach richtungweisend sind:

a) Die RUHRWERKSTATT in Oberhausen arbeitet seit 5 Jahren nach einem stadtteilorientierten Konzept und spricht Menschen aller Altersgruppen in vielfältiger Weise an. Mehr als 300 Menschen sind diesem Verein bisher beigetreten. Um dies leisten zu können, werden verschiedene Förderbereiche in Anspruch genommen. Neben einem Jugendzentrum verfügt die RUHRWERKSTATT über einen Bauspielplatz, eine eigene Kneipe und ein Bildungswerk, das jährlich weit über 100 Kurse anbietet; erste Ansätze der Aufarbeitung der Stadtteilgeschichte haben sich gebildet, und eine Reihe von Gruppen tagen mittlerweile selbständig und regelmäßig (Senioren, Frauen, Frieden u.a.). Wichtigstes zweites Standbein des Vereins ist neben der Stadtteilorientierung die Arbeit mit arbeislosen Jugendlichen. Hier existiert ein inneres Verbundsystem mit den „Bausteinen": Beratung, Berufsvorbereitung, Ausbildung und mittlerweile auch einem guten Dutzend Arbeitsplätzen, so daß einzelnen Jugendlichen eine mehrjährige qualifizierende Perspektive angeboten werden kann. Diese verschiedenen Maßnahmen werden mit Mitteln des Bundes, des Landes, der Kommune und der Arbeitsverwaltung finanziert. Mit den 6 verschiedenen Werkstattbereichen (Foto, Töpfern, Holz, Metall, Bau, Maler/Lackierer) wird die alte Fischfabrik, in der die RUHRWERKSTATT ihr Domizil hat, Schritt für Schritt umgebaut. Für die Zukunft sind eine GmbH, um Arbeitsplätze im Bereich stadtteilorientierter Sanierung zu schaffen, und eventuell der Einstieg in die weiteren Bereiche der sozialen Arbeit geplant.

b) Der RHEINPREUSSEN e.V. ist entstanden aus einer Bürgerinitiative in Duisburg-Rheinhausen, die 10 Jahre gegen den Abriß bzw. die Privatisierung ihrer Zechenhäuser gekämpft hat und die gesamte Siedlung im Vorjahr in genossenschaftlicher Selbstverwaltung übernahm. Die Auseinandersetzungen um den Erhalt der Siedlung haben ein dichtes soziales Netz geschaffen und eine Vielzahl von Aktivitäten auch im Freizeitbereich für alle Altersgruppen nach sich gezogen. Diese wurden vom Verein bisher auf ehrenamtlicher Basis durchgeführt. Parallel dazu läuft ein von einer Stiftung gefördertes Integrationsprojekt für ausländische und deutsche Vorschulkinder. Die bis 1992 durchzuführenden Sanierungsmaßnahmen werden verbunden mit einem Ausbildungsprojekt für ca. 20 Jugendliche. Die Ausbildung wird vom Verein durchgeführt. Ziel der Ausbildung ist die vielfältige Qualifikation der Jugendlichen in allen die Sanierung betreffenden Gewerken, womit sich ihnen wohl auch eine längerfristige berufliche Perspektive auftun wird. In verschiedenen leerstehenden Zechenhäusern, die von den Jugendlichen im Rahmen der Ausbildung renoviert werden, können diese anschließend erste Erfahrungen mit dem selbständigen Wohnen machen. Darüber hinaus haben

die Bewohner eine GmbH gegründet, die im Rahmen der Sanierungsarbeiten für ältere Arbeitnehmer, die keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt haben, berufliche Perspektiven schaffen soll. Zusätzlich sollen der Bereich der Freizeitarbeit aus- und langfristig eine stadtteilorientierte Altenbetreuung aufgebaut werden.

Langfristiges Ziel solcher Neu- und Umstrukturierungen ist die systematische Einbeziehung von Selbsthilfe und Bürgerbeteiligung in die Organisation sozialer und anderer Dienste und Leistungen vor Ort in der Perspektive einer sozialpolitisch integrierten Kommunalpolitik. Diese Prozesse müssen primär auf kommunaler Ebene initiiert, entwickelt und realisiert werden, da sie nur „problemnah" und im regelmäßigen Kontakt aller Beteiligten gesteuert werden können. Für die notwendige Beteiligung der Bürger an Planung, Veränderung und Gestaltung des sozialen Lebensraums sind offene, demokratische und durchschaubare Entscheidungs- und Gestaltungsverfahren zu entwikkeln. Aus dieser langfristigen Perspektive lassen sich einige wesentliche Forderungen für die Sozialstaats- und vor allem kommunale Entwicklungen insgesamt ableiten:

a) ausreichende materielle Absicherung des einzelnen über zentrale Versicherungssysteme,
b) Verbesserung der finanziellen Situation der Kommune,
c) Abbau und Veränderung bürokratischer und Bürgerbeteiligung verhindernder Strukturen,
d) großzügige und angemessene Ausweitung der Förderung von Initiativen und Entwicklung adäquater Planungs-, Beratungs- und Förderstrukturen auf kommunaler Ebene.

4. DPVW, Jugendhilfe, Perspektiven

4.1. Jugendhilfe im DPWV

Die Abteilung Kinder-, Jugend- und Familienhilfe umfaßt mehr als die Hälfte aller Mitgliedsorganisationen im DPWV-Landesverband NW e.V. Sie ist in folgende Referate gegliedert:

a) Jugend- und Kulturarbeit
b) Tageseinrichtungen für Kinder
c) Hilfen zur Erziehung

In allen Referaten sind Mitgliedsorganisationen, die auf eine Geschichte als Initiaive selbstorganisierter sozialer Arbeit zurückblicken können. Die Tageseinrichtungen für Kinder haben eine lange Tradition als Zusammenschluß von Eltern, die die Betreuung ihrer Kinder organisieren. Dies geschieht auf der Grundlage des Kindergartengesetzes, das Initiativen, die über geringe Eigen-

mittel verfügen, einen höheren Trägeranteil als kirchlichen oder öffentlichen garantiert. Im Referat Hilfen zur Erziehung sind neben der Heimerziehung und den Kinderhäusern Jugendwohngemeinschaften als Form von Initiativarbeit zu verstehen. Auf die Entwicklung der Abteilung Jugend- und Kulturarbeit ist unter 2. schon eingegangen worden. Nachzutragen ist noch, daß die Mitgliedsorganisationen dieses Bereichs sich vor 2 Jahren im Paritätischen Jugendwerk LV als Jugendverband zusammengeschlossen haben. Der DPWV LW NW hatte auch 1984 in allen diesen Bereichen Mitgliederzuwächse zu verzeichnen. Diese Mitgliedsorganisationen verfügen über ein hohes Entwicklungspotential, das es im oben skizzierten Sinne zu entfalten gilt.

4.2. Anforderungen an den DPWV

Der DPWV verfügt als Dachverband der Initiativen unter den Wohlfahrtsverbänden am ehesten über das qualifizierte fachliche und systematische Wissen bzgl. selbstorganisierter sozialer Arbeit und anderer neuer Formen des gesellschaftlichen Engagements. Dieses Wissen muß der Verband weiterentwickeln und ausbauen, um auch in Zukunft seine Rolle als kompetenter Ansprechpartner und Berater von Initiativen wahrnehmen zu können. Dies setzt neben anderem die Anpassung der verbandlichen Strukturen an die aufgezeigte sich entwickelnde neue Qualität der Selbsthilfe an. Konkret heißt das:

a) die Entwicklung eines stärker ausgeprägten sozialpolitischen Profils im Sinne zukünftiger Entwicklung von Selbsthilfe,
b) die Anpassung und den Ausbau der Beratungsstrukturen hinsichtlich der zunehmenden Komplexität und der neuen Qualität von Selbsthilfe,
c) den Ausbau und den Aufbau entsprechender fachlicher Diskussionszusammenhänge und Fortbildungsmöglichkeiten.